

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 3 (1923-1924)
Heft: 1

Artikel: Aus den Gesandtschaftsberichten von Joachim Heer und Bernhard Hammer (1867-1879)
Autor: Stern, Alfred
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-155034>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

heit zur Mitarbeit am Staate auf dem Gebiete heranzuziehen, auf dem es die angeborensten Fähigkeiten besitzt, nämlich in der Armee. Die weit größere Masse der vom bestehenden Staate sich Abkehrenden, die Industriearbeiter, hat er ja, als Erster in unserem Lande, nach seiner besten Einsicht, ebenfalls zurückzuführen versucht. In der Stellung unseres Staatswesens nach Außen war er durchdrungen von der Ueberzeugung der überaus glücklichen Lage, die sich für uns aus dem politischen Gleichgewicht, das mit dem wirtschaftlichen eng verknüpft ist, der großen uns umgebenden Mächte ergab. Den Zusammenbruch Deutschlands hat er darum nicht nur aus Mitempfinden für dieses große Volk, sondern aus dieser rein schweizerischen Empfindung auf das stärkste beklagt. Wahrhaftig: ein Schweizer von edelstem Geblüte und edelster Gesinnung, wie er dem öffentlichen Wesen kaum alle Jahrzehnte beschieden ist.

Aus den Gesandtschaftsberichten von Joachim Heer und Bernhard Hammer (1867—1870).

Von

Alfred Stern, Zürich.

I.

Schon für die bisher erschienenen acht Bände meiner „Geschichte Europas seit den Verträgen von 1815 bis zum Frankfurter Frieden von 1871“ (Stuttgart und Berlin. Cotta'sche Buchhandlung, Nachfolger) habe ich, dank der Liberalität der Direktion des Bundesarchives in Bern, zahlreiche Berichte der Vertreter der Eidgenossenschaft im Ausland benutzen dürfen. Sie sind mir auch für die Schlußteile meines Werkes, dessen baldige Veröffentlichung ich erhoffe, sehr zu Statten gekommen. Unter ihnen nehmen die diplomatischen Berichte aus Berlin nicht die letzte Stelle ein. Es wird den Lesern dieser Zeitschrift erwünscht sein, einige Auszüge aus denselben, die den Jahren 1867 bis 1870 angehören, kennen zu lernen. Die Schweiz besaß bis zum Jahre 1867 keinen Vertreter in Berlin. Nach den Ereignissen von 1866 erschien es dem Bundesrat angezeigt, einen solchen dafelbst und ebenso bei den süddeutschen Höfen, zunächst in außerordentlicher Mission zu beglaubigen. Zu ihrer Uebernahme fand sich bereit Joachim Heer, der als Landammann seines Heimatkantons Glarus und als Mitglied des Nationalrates bereits hohes Ansehen erlangt hatte¹). Eine seiner Hauptaufgaben bezog sich auf die Stellung der Schweiz zum deutschen Zollverein, insonderheit auf die Anbahnung eines Handels- und Zollvertrages. Aber davon abgesehen, hatte er durch die Pflege freundschaftlicher Beziehungen und durch genaue Beobachtung der allgemeinen

¹) Vgl. Gottfried Heer: Landammann und Bundespräsident Dr. J. Heer, Zürich. 1885, S. 106 ff. „In Berlin 1867 und 1868“.

politischen Verhältnisse seinem Vaterland gute Dienste zu leisten. Der Luxemburger Handel, durch die Londoner Konferenz vom 11. Mai eben geschlichtet, hatte Europa in großer Spannung gehalten und die Gefahr eines deutsch-französischen Krieges war kaum geschwunden. Seer langte am 15. Mai in Berlin an. Er übersandte Bismarck sofort die Kopie seines Beglaubigungsschreibens, mit der Bitte, ihn zu benachrichtigen, wann er das Original in die Hände des Königs niederlegen könne und ihm zu erlauben, die Antwort persönlich abzuholen. Bismarck empfing ihn zwei Tage später, worüber Seer umgehend nach Bern berichtete.

Berlin, 17. Mai 1867 . . . Bismarck trug die Interims-Uniform eines preußischen Generals, in welcher er sich sehr stattlich ausnimmt; er ist ein Mann von wahrhaft athletischer Gestalt mit großer Glaxe und dünnem, kurzgeschorenem blondem Haar, der Ausdruck seines Gesichtes, auf Abbildungen gewöhnlich streng und fast grimmig, ist in Wahrheit eher sanft, wie er denn auch im Sprechen einen durchaus sanften, liebenswürdigen, fast möchte ich sagen, bescheidenen Ton anschlägt. Daß er aber unter Umständen auch anders aussehen und auftreten kann, glaube ich wohl. Der Empfang war sehr freundlich und nach wenigen, einleitenden Worten waren wir mitten in sehr lebhaftem politischen Gespräch. Er sprach sich dabei mit der bekannten, ihm eigenen Offenheit aus und ich notiere Ihnen die Hauptsachen, obgleich es bei dem sprudelnden Wesen des Ministers nicht leicht ist, den Faden seiner Bemerkungen stetsfort im Gedächtnis zu halten. Zunächst sprach er seine Freude darüber aus, daß, wie es hieße, die Schweiz entschlossen gewesen wäre, im Falle des Krieges ihre Neutralität ernsthaft und nach allen Seiten hin aufrecht zu erhalten; Preußen könne nichts Besseres verlangen. Es versteht sich, daß ich hierauf in bündiger und bestimmter Form diejenigen Gesichtspunkte eröffnete, die mir die Instruktionen des hohen Bundesrates an die Hand gaben. Auf meine Bemerkung, daß indessen nun wohl die Kriegsgefahr für längere Zeit vorbei sei, suchte er die Achseln und meinte: Daß Preußen keinen Krieg wünsche, sei klar; es verlange nichts und habe im eigenen Hause mehr als genug zu tun. Aber die Tatsache, daß die französischen Rüstungen auch jetzt noch fortdauern, lasse die Lage immer noch als eine beunruhigende erscheinen. Die Pferdeankäufe nach Frankreich seien nicht sistiert und zwischen Paris und der Ostgrenze stehen eine unverhältnismäßige Zahl von Truppenkörpern, allerdings seien sie nicht auf Kriegsstärke, aber die Urlauber und Reservisten könnten mit größter Raschheit und sehr unvermerkt jeden Augenblick herbeigezogen werden. Unter diesen Umständen und wenn das nicht bald anders werde, sei Preußen genötigt, auch mit Rüstungen zu beginnen. Denn so wenig er den Krieg suche, so wenig werde er ihm aus dem Wege gehen.

„Frankreich steht im Grunde doch isoliert da; die allgemeine Lage ist so, daß keine Macht in Europa einen Sieg Frankreichs, der mit völliger Niederwerfung Preußens endigen würde, ertragen könnte. Von Belgien und der Schweiz ganz abgesehen, was wäre Oesterreich oder Italien einem allmächtig gewordenen Frankreich gegenüber? Selbst Rußland hat ein sehr entschiedenes Interesse im gleichen Sinn, es kann keine fran-

zösischen Soldaten in Posen brauchen. Und England ist **vitaliter** interessiert dabei, daß nicht auch die großen Elemente maritimer Macht, welche die norddeutsche Küste enthält, die französische Seemacht verstärken. Frankreich wird daher zu einem Entscheidungskampf gegen Preußen schwerlich Alliierte finden, auch Italien, trotz der Rattazzi'schen Belleitäten, knirscht im Grunde in die Bügel, die ihm Frankreich angelegt hat, und wird sich wohl hüten, nach Abenteuer auszugehen. Italien ist eigentlich unser ganz natürlicher Bundesgenosse, denn wir haben die nämlichen Mächte zu fürchten, Frankreich und Oesterreich. Geht es aber zwischen Frankreich und Preußen allein los, so sollte der Sieg nicht zweifelhaft sein. Frankreich kann jetzt 280,000 — oder sagen wir runde Zahlen — 300,000 Mann offensiv gegen Deutschland ausrücken lassen, vielleicht in 6—12 Monaten 400,000, mehr haben sie nicht (über Besatzungstruppen und algerische Armee hinaus). Preußen dagegen stellte im Jahre 1866 bei einer Bevölkerung von 20 Millionen Seelen 650,000 Mann effektiv ins Feld; in Norddeutschland ist jetzt alles auf preußischem Fuß eingerichtet und da der Bund 30 Millionen Seelen hat, so könnten 900,000 Mann bloß von ihm geliefert werden, sagen wir aber, da manches noch unfertig ist, bloß 800,000 Mann. Dazu 100,000 Mann, die Süddeutschland (anstatt der 300,000, welche es nach der Bevölkerung träge), jedenfalls in sehr guter Beschaffenheit hinstellen würde, gibt 900,000 disponible Truppen. Davon rechne man ab: 200,000 Mann für Festungen und dergleichen (Observationskorps gegen Oesterreich) und 100,000 Mann für Deckung der Küste (in drei Korps 60,000 an der Ostsee, 30,000 Mann an der Nordsee), so blieben immerhin 600,000 bester Truppen, welche wir der französischen Invasionsarmee entgegenwerfen können. Da nun ohnedem der Angreifer der Stärkere sein sollte, wenn er Chancen haben will, im fremden, feindlich gesinnten Lande definitiv zu reussieren, so ist klar, daß wir dem Angriff mit großer Seelenruhe entgegensetzen können. Zustatten kommt uns dabei freilich, daß unsere Verhältnisse zu Rußland uns gestatten, die östliche Grenze vollständig zu degarnieren (wörtlich).“

„Trotz dieser glänzenden Aussichten, fügte der Minister hinzu, suchen wir wahrlich den Krieg nicht, wir sind nach dem letzten Jahre, um mich so auszudrücken, satt und verlangen nichts weiter. Zudem ist es keine Kleinigkeit, einen Krieg heraufzubeschwören und wieder etwa 30,000 brave Jüngens tot oder zu Krüppeln schießen zu lassen. Darum freue ich mich des Arrangements wegen Luxemburg. Das Ländchen und auch die Festung hatte freilich an sich wenig Bedeutung. Die Festung wird auf 1500 Schritte Distanz beschossen und da die ganze Stadt nur 2000 Schritt breit ist, so kann man mit gezogenen Geschützen von den beherrschenden Höhen aus bis in die Rehlen der Verschanzungen auf der entgegengesetzten Seite reichen. Zudem war unser Besitztitel schwach; wäre Holland mit seinen Urkunden früher oder später gekommen und hätte uns gehen heißen, ja, ich weiß wahrhaftig nicht, was wir hätten sagen können. Aber als nun Holland unbegreiflicherweise sich hinter Frankreich steckte, nahm die ganze Frage einen andern Charakter an. Vor holländischen Papieren hätten wir

uns ganz füglich zurückziehen können, vor französischen Kanonen geht das nicht an. Die Holländer hegten die törichte Besorgnis, wir wollten sie verschlingen, woran auch kein wahres Wort war; ein Staat wie Holland, der eine große Geschichte hinter sich und durchaus ehrenhafte Selbständigkeit gewahrt hat, der zudem nichts von uns wissen will, ist kein Zielpunkt unserer Vergrößerungssucht. Der einzige Gegenstand, über den wir mit Holland uneinig sind, sind die Zölle und zur Beseitigung dieses Punktes brauchen wir wahrlich keinen Krieg, wir haben nach dem Meere zu auch noch den Weg durch Belgien und jetzt dazu den im eigenen Lande, über die Ems . . ."

Nachdem ich fast dreiviertel Stunden dageessen, fand ich es doch am Orte, mich zu empfehlen. Graf Bismarck ließ mich aber auch stehend nicht sogleich los und kam auf den Sonderbundskrieg zu reden; 1847 im September sei er durch Luzern gekommen¹⁾, gerade als man dort und in Alpnach Schanzen aufgeworfen habe. Es schien mir, er verbinde mit diesen Reminiszenzen einen etwas spöttischen Rückblick auf die damalige schweizer Armee und ergriff daher die Gelegenheit zu erklären, daß seither sehr vieles geschehen sei und daß die Armee von 1847 mit der heutigen in keiner Weise verglichen werden dürfe. „Es sind freilich nur Milizen und ich begreife, daß ein fgl. preußischer General von Milizen einen sehr geringen Begriff habe, aber ich hege auch die Ueberzeugung, daß im gegebenen Falle manches Vorurteil durch die Tatsachen widerlegt würde.“ „Nein, wirklich,“ entgegnete Graf Bismarck, „ich habe vor gut geführten Milizen allen Respekt. Die bairischen Truppen von 1866 waren gewissermaßen auch Milizen, sie sind im Jahr nur wenige Wochen präsent, Offiziere und Mannschaften sind gar nicht zusammengewachsen, dennoch haben sie sich vortrefflich geschlagen, besser als manche Teile der österreichischen Armee. Es fehlte in Bayern wirklich nichts anderes als die obere Leitung, die Befähigung der höheren Offiziere.“ Ebenso freundlich, wie ich empfangen worden, wurde ich dann endlich entlassen.

Berlin, 19. Mai 1867 . . . Gestern erhielt ich die Nachricht, daß der König wünsche, mich Nachmittags 4 Uhr zu empfangen und mein Akreditiv entgegen zu nehmen. Da Graf Bismarck für 2—3 Tage abwesend ist, so wurde ich durch den Unterstaatssekretär von Chile und den ersten Kammerherrn von Röder (den Bruder des Gesandten in Bern) eingeführt. Ich übergab das Schreiben des hohen Bundesrates mit wenigen Worten, worin ich betonte, daß die Schweiz den aufrichtigen Wunsch hege, mit Preußen in freundschaftlichen Beziehungen zu stehen und daß der Bundesrat geglaubt habe, diesem Wunsche keinen entsprechenderen Ausdruck verleihen zu können, als durch die Entsendung eines besonderen diplomatischen Agenten nach Berlin. Der König antwortete darauf ebenfalls mit wenigen sehr freundlichen Worten und sagte unter anderem, es freue ihn außerordentlich, daß die Schweiz ihm einen Gesandten schicke, er wolle es nicht verhehlen, daß er schon lange gewünscht habe, die Schweiz möchte in dieser Hinsicht Reziprozität üben. Dann begann eine Konver-

¹⁾ Auf seiner Hochzeitsreise. *S. G. M a r c s* : Bismarcks Jugend 1909, S. 445.

sation über allerlei sehr unschuldige Dinge und nach 10 Minuten war ich entlassen. Der Empfang war ein durchaus freundlicher und der alte Herr war über die Mäßen liebenswürdig und gesprächig. Er sieht für seine 70 Jahre noch merkwürdig frisch und rüstig aus und soll sich auch aus langen Touren zu Pferde gar nichts machen. Nachdem nun die Vorstellung allerhöchsten Ortes vorüber ist, kann ich meine Visitenrundfahrt bei den Ministern und beim diplomatischen Korps antreten ... Die erforderlichen formellen Belehrungen, soweit ich solcher nach den Mitteilungen des Generals von Röder noch bedurfte, hat mir heute dessen Bruder, der schon genannte Zeremonienmeister erteilt ... Auch er betonte, daß man die Aufstellung eines Schweizer Gesandtschaftspostens für Berlin hier sehr gut aufgenommen habe, besonders auch angesichts der vielfachen preußenfeindlichen Ausfälle der schweizerischen, insbesondere der französisch-schweizerischen Presse. Preußen wolle durchaus nichts als gute Nachbarschaft mit der Schweiz halten und glaube, durch seine bisherige Haltung keinen Anlaß zu einer feindseligen Stimmung des Schweizer Volkes gegeben zu haben ...

Berlin, 22. Mai 1867 [Gespräch mit dem Finanzminister von der Gendht über die bevorstehende Münzkonferenz in Paris und über die Frage der Wiederanknüpfung eines Handels- und Zollvertrags]....

Herr von der Gendht war durchaus artig und höflich, aber er machte mir den Eindruck, daß er eigentlich nicht recht gut auf die Schweiz zu sprechen sei. Er sagte u. a., er sei letztes Jahr einige Zeit in Duchy (Beaurivage) gewesen und habe sich zu seinem Befremden überzeugt, daß man in der Schweiz nicht freundlich gegen Preußen gesinnt sei. Preußische Zeitungen hatte man nicht, sondern nur die „schlechten“ süddeutschen Blätter, aus denen die Schweizer Journale ausschließlich schöpfen. Man scheine zu glauben, die Preußen seien steife Böpfe, die nicht mit der Zeit vorwärts marschieren. Es sei recht, daß einmal jemand nach Berlin komme, um sich an der Stelle vom Gegenteil zu überzeugen und das Preußen, wie es wirklich sei, kennen zu lernen, und dergleichen mehr. Ich machte natürlich die erforderlichen Gegenbemerkungen, ob mit wesentlichem Erfolg, bezweifle ich. Was die allgemeinen Welthandel anbelangt, so ist darüber begreiflicherweise zur Stunde nichts zu melden. Die brennende Tagesfrage ist glücklich gelöscht und die Hoffnung darf wohl gehegt werden, daß ein deutsch-französischer Krieg für die nächste Zukunft nicht mehr zu befürchten steht. Allerdings wird die Verstimmung zwischen den beiden großen Nachbarn trotz des Londoner Friedens und trotz des Königsbesuches in Paris ¹⁾ noch lange fort dauern; es ist auch wohl denkbar, daß dieselbe früher oder später in einen ernststen Konflikt ausgeht, aber für das Jahr 1867 darf man wohl ziemlich unbesorgt sein. Der französische Botschafter dahier (Benedetti) sagte, als ich ihm meine Aufwartung machte, es sei lächerlich, wenn die Preußen fortwährend über französische Rüstungen schreiben. Was Frankreich in dieser Beziehung tue (also etwas geschieht

¹⁾ König Wilhelm war mit Bismarck und Moltke aus Anlaß der Weltausstellung in Paris gewesen.

doch!), sei nur von dem Wunsche eingegeben, einigermaßen das Gleichgewicht gegen die preußische Kriegsbereitschaft herzustellen. „La campagne de 1866 était une révélation.“ Jedermann kannte die preußische Heeresorganisation, aber niemand glaubte daran, daß in diesem Staate ein so furchtbares Maß von Kraft, Elastizität und Bereitschaft vorhanden wäre. Nach dieser *révélation* sei es doch gewiß begreiflich, daß Frankreich die Hände nicht in den Schoß lege! . . .

Berlin, 28. Mai 1867. [Gespräch mit dem Geheimrat von Philippsborn, Direktor im auswärtigen Ministerium, u. a. über die Rekonstruktion des Zollvereins]. . . . Was die Rekonstruktion des Zollvereins anbelangt, so wird diese Frage unmittelbar an die Hand genommen werden und voraussichtlich noch im Laufe des kommenden Monats Juni eine Konferenz von Abgeordneten sämtlicher Zollvereinsregierungen hier in Berlin zusammentreten¹⁾. Die Stellung der süddeutschen Staaten wird dabei eine sehr einfache, aber wenig erfreuliche sein. Preußen wird im Namen der norddeutschen Besucher seine Propositionen machen und sich lediglich auf den Standpunkt stellen: *c'est à prendre ou à laisser*. In vorderster Reihe steht dabei — ich möchte sagen selbstverständlich — das Postulat, daß hinfort im Zollverein das *liberum Veto* der einzelnen Staaten weg falle und daß ein Organ geschaffen werde, dessen durch Mehrheit gefaßte Beschlüsse maßgebend seien für alle einzelnen Glieder des Verbandes. Wie ich durch vertrauliche Besprechungen mit den Vertretern der süddeutschen Staaten erfahren habe, sind Baden, Hessen und, ohne Zweifel, auch Württemberg bereit, die Konsequenz der neuen Verhältnisse ohne weiteres anzunehmen; dagegen wird Bayern Schwierigkeiten machen; man kann sich dort, wie es scheint, durchaus noch nicht in die Lage schicken, nicht mehr ein selbständiges „Reich“ zu sein . . . Was nun die Modalität anbelangt, die Preußen für die neue Verfassung des Vereins in Aussicht nimmt, so ist es nach Herrn von Philippsborns höchst vertraulicher Mitteilung einfach diese: die süddeutschen Staaten hätten dem Bundesrate und ebenso dem Reichstage des norddeutschen Bundes für diejenigen Fragen, welche die Zollsachen betrafen, eine ihrer Bevölkerung entsprechende Zahl von Vertretern *ad hoc* hinzuzufügen. . . . Ein besonderes, neben dem norddeutschen Reichstage bestehendes Zollparlament wird Preußen nicht zu geben. Die Süddeutschen werden sich also gefallen lassen müssen, als Appendix im norddeutschen Bundesrat und Parlament zu erscheinen oder aber auf den Zollverein zu verzichten. . . . Bemühend ist die Wahrnehmung, wie unter den Süddeutschen selbst jede Uebereinstimmung der Ansichten mangelt, ja wie mißtrauisch und feindselig sie sich gegenüberstehen. Baden und Hessen träten wohl am liebsten heute schon dem norddeutschen Bunde bei²⁾; sie haben Glauben und Vertrauen auf eine selbständige staatliche Existenz verloren und dafür ernten sie nun geradezu die Verachtung der

¹⁾ Vgl. alles Nähere bei H. von Schbel: Die Begründung des deutschen Reiches VI, S. 205 ff.

²⁾ Die Behauptung mit Bezug auf die Regierung Hessen-Darmstadts trifft nicht zu.

größeren Schicksalsgenossen. Der württembergische Gesandte sagte mir dieser Tage: mit den Badensern könne doch ein honetter Mensch nicht mehr gehen; die liegen ja permanent auf den Knien und flehen Preußen an: ums Himmels willen, so friß uns doch. Bayern steift sich auf seine fünf Millionen Seelen und will möglichst wenig Konzessionen machen; der Fürst Hohenlohe, übrigens ein nicht sehr bedeutender und in den Geschäften wenig bewandeter Mann, habe eine äußerst schwere Stellung den Ultramontanen und einer mächtigen Hofpartei gegenüber, und darf also kaum wagen, dasjenige durchzusetzen, was er vielleicht im Innern wünschen mag. Württemberg hält eine Mitte zwischen seinen Nachbarn, von der mir nur scheinen will, sie sei zu wenig von klaren und bestimmt ausgeprägten politischen Gedanken getragen. — Diesen schwankenden und widerspruchsvollen Dispositionen Süddeutschlands gegenüber scheint Preußen eine sehr reservierte und abwartende Stellung einzunehmen. Bismarck hat letzter Tage zu einem süddeutschen Diplomaten gesagt: wenn ein deutscher Staat komme und sich dem Nordbunde zugesellen wolle, so dürfe man natürlich nicht wohl Nein sagen, aber zurzeit w ü n s c h e er nicht, daß es geschehe. Ich begreife diese Sprache, denn im Nordbunde selber ist es für einmal noch eine sehr schwere Aufgabe, die Dinge zu festem Salt zu bringen und einen inneren Kitt an nachhaltiger Kraft herzustellen. Graf Bismarck zeigt überhaupt, wie mir scheint, in seinem Wesen die Vereinigung zweier Eigenschaften, die sonst selten beieinander sind: große Kühnheit in der Konzeption und außerordentliche Vorsicht bei der Durchführung seiner Ideen. Es interessierte mich, gestern von Philippsborn zu hören, daß Bismarck ein leidenschaftlicher Verehrer Shakespeares sei; seine Mußestunden gehören fast ausschließlich der Lektüre dieses Dichters; anderes lese er äußerst wenig...

Berlin, 5. Juni 1867. [Ueber die Zollkonferenzen.] ... Bayern macht zwar vielleicht auch jetzt noch einige Schwierigkeiten, aber an seinem schließlichen Beitritt ist nicht zu zweifeln, zumal die drei anderen süddeutschen Staaten gestern dem Fürsten Hohenlohe geradezu erklärt haben, eine allfällige Weigerung von Bayern werde für sie nicht maßgebend sein; es ist aber klar, daß Bayern (namentlich mit Rücksicht auf seine Rheinpfalz!) gar keine Wahl mehr hat, wenn es bestimmt weiß, daß es sich durch eine Weigerung absolut isolieren würde. Man hofft, dieses Raisonnement werde es dem Fürsten Hohenlohe (der persönlich ganz einverstanden ist) möglich machen, die Sache in München durchzudrücken. Wie es scheint, ist die Redaktion absichtlich so gewählt, daß auch Fragen des Münz-, Maß- und Gewichtswesens in den Kreis der gemeinsamen Gesetzgebung gezogen werden können, was natürlich von großer Bedeutung ist. Ueberhaupt liegt wohl eine äußerst folgenschwere Tatsache vor, wenn überhaupt nur eine gemeinsame parlamentarische Tribüne für das ganze außerösterreichische Deutschland besteht; sind auch die Kompetenzen dieses Parlaments vorerst nur auf einen kleinen Kreis wirtschaftlicher Fragen beschränkt, so ist doch nicht zu verkennen, daß hier eine F o r m geschaffen ist, welche die Möglichkeit gewährt und ohne Zweifel auch die entschiedene T e n d e n z haben wird, sich mit einem immer reicheren Inhalt zu erfüllen. Für einmal

weiter zu gehen als zur Gründung eines Zollparlaments lag auch bei Preußen keinerlei Neigung vor, und es soll sogar von Bismarck sehr bestimmt abgewinkt worden sein, wenn etwa Tendenzen dieser Art sich zeigten . . .

München, 4. Juli 1867. Nachdem ich in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch (2./3. Juli) hier angekommen bin, nehme ich heute meine seit der Abreise von Berlin abgebrochen gewesene Korrespondenz wieder auf . . . Gestern früh teilte ich dem Fürsten Hohenlohe mein Beglaubigungsschreiben für München in Kopie mit und erhielt die Einladung, ihn nachmittags 3½ Uhr zu besuchen. Der Empfang war überaus liebenswürdig und der Minister eröffnete mir, daß der König, der gegenwärtig in Berg weile und im Hochgebirge umherstreife, mich am zehnten des Monats hier in München — wohin er speziell deshalb kommen werde — zu empfangen gedenke. Der bayerische Gesandte in Berlin Graf Montgelas hatte mir gesagt, wenn der junge Herr einmal seine Villa Berg bezogen habe, sei es eine schwierige Aufgabe, seiner — und wenn es die wichtigste Angelegenheit beträfe — habhaft zu werden. Ich kann es also für ein Glück erachten, daß ich nicht länger zu warten brauche. Ich hatte übrigens vorsichtshalber durch Graf Montgelas hierher berichten lassen, daß ich in der ersten Juli-Woche in München eintreffen werde. So konnte die Sache rechtzeitig vorbereitet werden. — Der Fürst Hohenlohe, ein Mann in mittleren Jahren, eher klein als groß, hat sehr einfache und angenehme Manieren; man sieht wohl, daß er nicht ein Bureaukrat, sondern ein Mann der guten Gesellschaft ist. In seiner Ausdrucksweise hat er fast etwas Befangenes, jedenfalls sehr Bescheidenes und vielleicht Zurückhaltendes; ich meine, es spiegelt sich darin das Gefühl und Bewußtsein der schwierigen, vielfach und feindselig bedrohten Stellung, in der er als „Preußenfreund“ hier in München sich befindet. Uebrigens gab mir unser Gespräch die Ueberzeugung, daß diese „Preußenfreundlichkeit“ doch auch nur relativ zu verstehen ist. Der Fürst ist einsichtig genug, um zu begreifen, daß Bayern *rebus sic stantibus* keine andere Wahl hat, als in den meisten Dingen mit Preußen zu gehen; aber weiter dürfte seine „Preußenfreundlichkeit“ schwerlich reichen. In Betreff der Rekonstruktion des Zollvereins bemerkte er mit einiger Bitterkeit, man habe ihn auf den 4. Juni nach Berlin kommen lassen, ohne daß er den preußischen Entwurf — abgesehen von einigen Hauptpunkten — auch nur gekannt habe; aber Bismarck liebe solche Ueberraschungen¹⁾. Die Enttäuschung frappierte mich, weil ich weiß, daß Varnbüler zum voraus über alles genau unterrichtet war; vermutlich liegt die Lösung des Rätsels darin, daß der württembergische Gesandte von Spikemberg, ein intelligenter und tätiger, zugleich mit Bismarck persönlich befreundeter Mann, sich rechtzeitig umtat, während der bayerische Gesandte, ein blasierter, durchaus unbedeutender und leerer Edelmann sich um nichts bekümmerte und daher auch seine Regierung nicht informieren konnte. Schwer wäre es sicherlich nicht gewesen, sich das ganze preußische Projekt lange vor dem

¹⁾ Vgl. Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst 1907, I., S. 236 ff.

4. Juni zu verschaffen, denn die Preußen halten damit gar nicht hinter dem Berge... Als Hohenlohe, ohne positiv zugestimmt zu haben, am 6. Mai nach München zurückgekehrt, habe es freilich zuerst lange Gesichter gegeben. Er habe indessen, von der Notwendigkeit des Beitritts überzeugt, erklärt, daß er sehr gerne zurücktreten wolle, wenn sich jemand finde, der die Verantwortlichkeit übernehmen wolle, auf der Basis der Seccession Bayerns vom Zollverein Minister zu werden; es habe sich aber niemand gefunden, und alle ernsthaften und verständigen Männer haben sich überzeugen müssen, daß eben nichts anderes übrig bleibe als sich zu fügen. Einige hiesige Lokalblätter, z. B. der „Punsch“, mißhandeln den Fürsten wegen dieser Nachgiebigkeit aufs unglaublichste und ich begriff daher vollständig die fast elegische Stimmung, in welcher er seine Mitteilungen machte. Eine sehr feine und wie ich glaube treffende Bemerkung des Ministers war die: daß die politische Ausscheidung Oesterreichs aus Deutschland im Grunde von dem Augenblick an nur noch eine Frage der Zeit war, wo es sich — in den dreißiger Jahren durch Fernhalten vom Zollverein vom dem wirtschaftlichen Leben Deutschlands absonderte...

München, 11. Juli 1867. Obgleich seit der Absendung meiner Depesche Nr. 9 vom 4. Juli, auf welche ich mich beziehe, wenig vorgefallen ist, was mich zu Mitteilungen an den Bundesrat veranlassen könnte, so will ich doch heute nicht versäumen, Ihnen mitzuteilen, daß ich gestern endlich mein Beglaubigungsschreiben überreichen durfte. Die Audienz fand um 12½ Uhr statt und zwar mit großem Ceremoniell, das in eigentümlicher Weise von der Einfachheit und Prunklosigkeit der gleichen Formlichkeit in Berlin abstach. Der König ist ein sehr schöner junger Mann und sprach sich in lebhaftester Weise als Freund unseres Vaterlandes aus, für dessen Natur nicht bloß, sondern für dessen politische Institutionen auch er großes Interesse zu haben scheint. Es versteht sich übrigens wohl von selbst, daß bei der Jugend des Monarchen und bei der Abneigung, die er schon vielfach gegen die Staatsgeschäfte bezeugt hat, das Gespräch keine politische Bedeutung haben konnte. Zum Schlusse der Audienz, die nahezu eine halbe Stunde dauerte, bat er mich, dem Herrn Bundespräsidenten, den er leider nicht die Ehre habe, persönlich zu kennen, seine freundschaftlichsten Grüße zu hinterbringen, was ich hiemit nicht verfehle, schon auf schriftlichem Wege zu tun.

Bis zur Abgabe meines Creditivs war ich natürlich bloß als Privatmann hier und konnte nicht einmal meine offiziellen Besuche machen; heute und morgen gedenke ich dies nun nachträglich zu tun und auch, wie üblich, den wenigen in München anwesenden Mitgliedern des königlichen Hauses die Aufwartung zu machen. Sobald diese Dinge abgetan sind, werde ich abreisen und zwar direkt nach Karlsruhe, da der König von Württemberg gegenwärtig in Paris weilt. Ich habe darüber an Herrn von Barmbüler geschrieben und die Antwort erhalten, es werde in Stuttgart durchaus nicht befremden oder unangenehm berühren, wenn ich unter so bewandten Umständen zuerst dem Großherzog von Baden meine Creditive überreiche. Bei der Susceptibilität, die an den kleinen Höfen herrscht,

glaubte ich, es sei angemessen, nicht ganz ohne vorherige Sondierung den König von Württemberg zu überspringen . . .

Stuttgart, 20. Juli 1867. Indem ich mich auf meine kurze Depesche Nr. 10 (von München, 11. Juli) beziehe, habe ich die Ehre, Ihnen zu melden, daß ich bis zum Ende der vorigen Woche in München blieb, um meine offiziellen und durch die Schickslichkeit gebotenen Besuche (bei dem Prinzen Otto als dem einzigen anwesenden Mitglied des königlichen Hauses, sowie bei den Ministern und Gesandten) abzustatten oder wenigstens den Versuch dazu zu machen, denn wie Berlin ist auch München um diese Zeit des Jahres beinahe verlassen, und wer irgend kann, hat sich bereits in eine Sommerfrische oder ins Bad zurückgezogen. Am Montag reiste ich ab und zwar, da ich den König von Württemberg noch für einige Tage abwesend wußte, nach Karlsruhe. Zwar war ich auch von dorthier durch den Minister von Frendorf in Kenntniß gesetzt worden, daß ich den Großherzog (der nach St. Moritz gegangen ist) nicht treffen würde; allein ich hielt es für schicklich, wenigstens die Minister in Karlsruhe zu begrüßen, da die besonders freundschaftlichen Verhältnisse der Schweiz zu Baden eine solche Aufmerksamkeit wohl rechtfertigen. Ich wurde denn auch ungemein herzlich empfangen und ich konnte wohl sehen, daß mein Erscheinen, trotz der Abwesenheit des Fürsten, sehr angenehm berührte. [Besuch bei Herrn von Frendorf.] . . . Mit dem gegenwärtigen Präsidenten des Ministerrates, Mathy, hatte ich eine lange und sehr interessante Unterredung¹⁾. Er bekennt sich ganz offen zu der Ansicht, daß die Zeit der kleinen Monarchien vorbei sei und daß es für die Fürsten dieser Staaten das Beste sein werde, mit Gelegenheit sich zurückzuziehen und ein schönes Privatleben als große Gutsbesitzer, vielleicht als deutsche Peers zu führen. Der Großherzog sei durch die Ereignisse der letzten Jahre sehr erschüttert worden und habe die Lust am selbsttätigen Eingreifen in die Staatsgeschäfte verloren; er lasse jetzt so ziemlich die Minister machen. Merkwürdig war mir, daß Mathy ein Fürsprecher der Tabak-Regie ist und sich trotz aller Einwendungen der Theorie zu der Meinung bekennt, wenn man Geld brauche, so sei der Tabak das beste Mittel, um es zu schaffen; besteuere man Salz, Bier und Mehl, so sei kein Grund vorhanden, den Tabak nicht auch mitzunehmen. Aber wenn man das wolle, so sei das einzig rationelle und durchgreifende Verfahren die Einführung der Regie; jedes andere bringe schwierige Komplikationen in der Erhebungsart und werde wenig Geld herbeischaffen, während das Geschrei dasselbe sein würde wie bei einer ganzen Maßregel. Bei der Regie würde man mit Hilfe der guten, intelligenten und ehrlichen Administration, die im außerösterreichischen Deutschland herrsche, mit Leichtigkeit einen Thaler pro Kopf herauschlagen; das wäre dann eine gewaltige Finanzquelle, die nachher kein Staat mehr entbehren könne, und so wäre ein neues, unzerreißbares Band neben dem Zollverein geschaffen, das ein Auseinanderfallen des neuen deutschen Bundesstaates unmöglich mache.

¹⁾ Das Folgende bietet eine Ergänzung der Biographie Mathys von Gustav Frehtag.

Die Tabakbauern würden sich gut dabei befinden, weil sie anstatt der Sündler, welche sie jetzt ausbeuten, nur mit dem reellsten Käufer, mit dem Staat, zu schaffen hätten. Die Fabrikanten müßte man natürlich entschädigen; das würde vermutlich nur durch Kontrahierung einer Bundesschuld möglich und auch diese würde wieder ein politisches Band darstellen... Mathy hat auch in Berlin (wo er jüngst zu den Konferenzen in Zollsachen war) den Eindruck erhalten, daß eigentlich alle Regierungen die Regie gerne hätten, aber sie wagen nicht, damit hervorzutreten...

Was die allgemeinen politischen Verhältnisse Deutschlands anbelangt, so ist die gegenwärtige Regierung Badens zu jedem Opfer an die Gemeinschaft bereit und eigentlich ungeduldig, so bald wie möglich in ein engeres Verhältnis zum Nordbunde zu gelangen. Mathy bestätigt aber, was ich Ihnen schon früher aus anderer Quelle gemeldet, daß Preußen gar nicht drängt, sondern im Gegenteil zurückhält. In Betreff Württembergs bemerkte er spöttisch, man habe den König in Paris ¹⁾ sehr schön „einguirlandiert“ und er zweifle gar nicht daran, daß die Zeitungsnotiz wahr sei, wonach derselbe gesagt haben soll, die Zolleinigung sei die letzte Konzession, die er den Preußen gemacht habe. „Als ob das eine Konzession an Preußen wäre, was alle Einsichtigen, die den Zollverein entwicklungs- und lebensfähig sehen wollen, seit mehr als einem Jahrzehnt für unerläßlich gehalten und erstrebt haben.“ Barmbüler werde dem König den Kopf aber schon wieder zurechtsetzen; er habe einen unbedingten Einfluß auf ihn und wandle jetzt ganz energisch in den neuen Bahnen, wozu wohl beitragen möge, daß er eine gewisse junkerhafte Wahlverwandtschaft mit Graf Bismarck verspüre...

[Ueber die Thurgauische Seetalbahn.] Auch die *Alpenbahn* wurde in unserm Gespräche berührt. Mathy sagte mir, es werde zur Stunde für den Aufmarier wieder eifrig gearbeitet, allein die Sache werde wohl in der nächsten Zukunft keine Siebenmeilenstiefel-Schritte machen. Italien sei von internen Fragen zu sehr in Anspruch genommen und finanziell zerrüttet; auch habe seine Stellung durch die Erwerbung von Venetien sich erheblich verändert, für seine Verkehrs-Interessen sei durch Mont Genis und Brenner eigentlich ausreichend gesorgt und es bleibe für die dritte Linie (durch die Schweiz) nur noch ein politisches Interesse. Italien habe zwar böse Nachbarn, Oesterreich und Frankreich, und mit diesen sei es durch Brenner und Mont Genis verbunden; mit den einzigen Guten (Schweiz-Deutschland) würde es dagegen durch die schweizerische Alpenbahn in Verbindung treten.

Eingehend wurde dann noch eine Materie besprochen, über die ich nun besonders eintreten muß, weil ich nicht bloß die Ansicht Mathys, sondern die ganze Lage der Sache darlegen möchte: es sind dies die Verhältnisse des deutsch-österreichischen Postvereins. Durch die Zentralisation des Postwesens in Norddeutschland, wie sie durch die neue Bundesverfassung eingeleitet und durch die Uebernahme der Thurn- und Taxis'schen Post seitens Preußens seit 1. Juli bereits zur Tatsache geworden ist, haben

1) Der König war auch zum Besuch der Weltausstellung in Paris gewesen.

sich die faktischen Grundlagen des genannten Vereins allerdings erheblich verändert und es ist daher ganz begreiflich, daß Preußen die Initiative ergriff, um den Vereinsvertrag diesen neuen Verhältnissen gemäß umzugestalten. Bekanntlich wurden zu diesem Behufe auf den 8. Juli Konferenzabgeordnete aus allen Vereinsstaaten nach Berlin eingeladen, dann aber der Termin nach Bayerns und Oesterreichs Wunsch auf Anfang August hinausgerückt.

... In Berlin, wo ich mich mehrmals zu orientieren suchte, versicherte man mich, Preußens Absicht sei, nur den bisherigen Verein „etwas besser zu gestalten“, aber ohne ihn dem Wesen nach umzugestalten; doch waren einzelne Neußerungen, die gemacht wurden, doch geeignet, den Eindruck zu machen, daß man sich vorstelle, die Sache werde darauf hinauslaufen, daß schließlich Preußen, als einzige repräsentierende Macht des Postbundes Verträge mit dem Ausland nach allen Seiten hin zu verhandeln hätte.

Ich verließ also Preußen, ohne über die wirklichen Intentionen der preußischen Regierung ins Klare gekommen zu sein. ... In München, wo ich den Gegenstand einläßlich mit dem Generaldirektor der bayerischen Verkehrsanstalten, Herrn von Brück, besprach, war man der Ansicht, man gehe in Berlin allerdings auf einen Postbund mit preußischer Spitze und zentralisierter Postkasse („deren Schlüssel natürlich die Preußen in der Tasche hätten“) aus, und man werde wohl auch dieses Ziel, wenn man es ernstlich verfolge, erreichen, dank der Unentschlossenheit, Mutlosigkeit und Zwiespältigkeit der Süddeutschen, denen man nicht verfehlen werde, auch materiell bange zu machen. Herr von Brück verhehlte seinen Unmut darüber nicht, gedachte mit Schmerz der schönen Zeiten von 1851, wo die Mittelstaaten alles, was sie wollten, erreichten, indem sie den Preußen sagten, wenn sie nicht zustimmen, so werde man mit Oesterreich allein abschließen und hinwieder die Oesterreicher mit dem Schreckbild einer einseitigen Post-Allianz mit Preußen in die Enge trieben, und legte über seine Unzufriedenheit mit der schlappen Nachgiebigkeit seiner gegenwärtigen Regierung nur einen sehr durchsichtigen Schleier. In Karlsruhe klang es nun ganz entgegengesetzt. Mathy sagte, das einzig Vernünftige, was der Idee des Bundesstaates entspräche, wäre ein Postbund mit preußischer Spitze, ganz wie der Zollverein eingerichtet, mit Gesetzgebung durch den erweiterten Reichstag; Baden sei jeden Augenblick bereit, sein ganzes Postwesen vorbehaltlos in diese Gemeinschaft einzuwerfen, aber in Berlin, wo er genau nachgeforscht, wisse man gar nicht, was man wolle. Die Frage sei noch gar nicht von staatsmännischen Augen angesehen worden. Wollte sich Bismarck eine einzige Stunde damit beschäftigen, so würde er sofort sehen, was Not tue, so aber sei die Sache bis jetzt bloß in den Händen der Fachleute geblieben, und diese nörgelten, wie gewohnt, an Details herum, ohne die großen und dominierenden Gesichtspunkte zu würdigen. Die Konferenzen auf den 8. Juli seien durchaus ohne festes Programm einberufen worden; man habe gehofft, die anderen werden ein solches bringen und dergleichen mehr. In Stuttgart endlich, wo ich gestern mit Herrn von Barmbüler redete, lautete es wieder völlig anders,

nicht wie in München, aber auch gar nicht wie in Karlsruhe. Der Minister, der neben dem Auswärtigen auch die Verkehrsanstalten unter sich hat und mit besonderer Vorliebe dirigiert, erklärte, daß er zwar ganz Genaueres und Positives nicht wisse, daß er zwar glaube, es gebe in Berlin postalische Autoritäten, welche auf einen straffen organisierten Postbund mit Ausschluß Oesterreichs drängen, daß dagegen in den höheren politischen Kreisen diese Tendenz gar nicht geteilt werde; daß aber, mögen die Absichten und Wünsche Preußens sein, welche sie wollen, Württemberg durchaus seine Posten nicht abtreten und in dieser Frage ebenso bestimmt Front gegen Preußen machen würde, wie es in der Zollsache („deren Regelung durchaus mein Werk ist,“ fügte er bei!) zu Preußen gestanden ist. Nicht ohne Interesse war es mir, von Herrn Barnbüler zu vernehmen, daß die Franzosen sich ungemein um diese postalische Angelegenheit bekümmern. „Wo mich einer auf der Straße erwischt, fragt er gleich: „Eh bien, où êtes-vous avec vos conférences postales? comment cela finira-t-il, etc.“ Es scheint, daß Frankreich also eben auch den preußisch-deutschen Postbund als neues Machtferment Preußens und neuen Schritt zur Herstellung des eigentlichen deutschen Bundesstaates besorglich voraussieht. —

[Gespräch mit Barnbüler über den nun auch gleich dem Handelsvertrage seit zwei Jahren in der Luft hängenden, projektierten Niederlassungsvertrag zwischen der Schweiz und Württemberg und über Maßregeln gegen die Rinderpest.]

Den König traf ich hier nicht; er reiste am Mittwoch, von Paris kommend nur hier durch und ging sofort nach Friedrichshafen, wo er mich empfangen will. Herr von Barnbüler sagte mir, der Herr sei von den Strapazen des Aufenthaltes in Paris und der Reise sehr ermüdet und halb krank gewesen und habe daher gewünscht, man möchte ihm für ein paar Tage volle Ruhe lassen. Wahrscheinlich wird meine Audienz Montags oder Dienstags stattfinden. Von Friedrichshafen gedenke ich dann sofort in die Schweiz zu gehen und zwar zunächst nach Bern, wo ich Ihnen voraussichtlich etwa am Mittwoch der kommenden Woche meine Aufwartung zu machen hoffe... Eben, wie ich den Brief zu schließen im Begriff stehe, erhalte ich von Friedrichshafen die telegraphische Einladung, Montag nachmittag dort meinen Brief abzugeben.

Als letztes Stück der Mission Heers findet sich von der Hand eines Kopisten ein Auszug aus seinem Bericht.

Berlin, 16. April 1868.

Vorgestern gab ich mein Refreditiv ab und wurde darauf zur königlichen Tafel gezogen; ich bin mit meiner Aufnahme sehr zufrieden; sowohl der König als die Königin bezeugten mir so viel Freundlichkeit und Wohlwollen, daß ich daraus schließen mußte, man wünscht mit der Schweiz in bester Beziehung zu stehen. Sehr gern wird es jedenfalls gesehen werden, wenn mein Nachfolger nicht allzulange auf sich warten läßt. König, Königin und Graf Bismarck sprachen sich in äußerst friedenszuversichtlicher Weise aus; Bismarck machte die auffallende Bemerkung, es gehe aus ganz zuverlässigen Berichten hervor, daß man in Frankreich daran

denke, das Chassepot-Gewehr wieder aufzugeben; es habe sich bei Mentana¹⁾ als viel zu kompliziert erwiesen und die häufigen Störungen am Mechanismus können von der Mannschaft selbst nicht beseitigt werden, sondern machen jedesmal die Hilfe der Büchsenmacher nötig. Der König fügte bei: „Wir wünschen Ihnen in der Schweiz die beste Waffe in der Welt! Sehen Sie nur zu, daß Ihr neues Gewehr nicht auch an dem gerügten Mangel des Chassepot leidet.“ (Fortsetzung folgt.)

Eine neue Utopie.

Von

Hans Mettler, Zürich.

Es ist vor einigen Wochen eine Utopie herausgekommen. Sie hat zum Verfasser einen Dr. jur. et phil. Betsch, der sich Mundus nennt und sich im letzten Moment entschlossen hat, seinen vollen Namen hinzuschreiben, um einer allfällig an das Buch sich anknüpfenden Bewegung einen vorläufigen Mittelpunkt zu geben. Man hat das Buch „Die Sonnenstadt“ in der Presse noch nicht eingehend gewürdigt. Für den Literaten und den Feuilletonrezensenten mag der schöne und begeisterungstrunkene Stil ein Anlaß sein, das Werk zu empfehlen; für denjenigen, der schon eine andere Utopie gelesen hat und den Inhalt mißt, bietet es sehr wenig Neues.

Die Sonnenstadt Soleja, das Zürich der nächsten Jahrhunderte, ist prächtig gebaut und in Arbeits- und Wohnquartiere geschieden. Die Wohnhäuser, als Reihenhäuser erstellt, sind gruppenweise unter sich verbunden zu Korporationen, die die Benutzung der gleichen Bibliotheken, Autos und Boote zum Zwecke haben. Der Plan eines solchen Wohnhauses ist mit genauen Maßangaben in dem Werk enthalten und Herr Dr. jur. et phil. Betsch weiß sogar anzugeben, daß alle Böden mit einem schalldämpfenden Belag versehen sind, der noch zu erfinden sein wird.

Soleja ist aber nicht die einzige Sonnenstadt. Es gibt solche nun auf der ganzen Welt, weil die Lebensverhältnisse seit dem letzten großen Krieg, dem Weltkrieg, ganz andere geworden sind, die Menschen gut und uneigennützig, frei und unbesorgt, ohne sich um das leidige Geld oder ein Surrogat dafür zu streiten, alle Produktionsgüter im Gemeineigentum stehend, jede Arbeit produktiv, jede Maschine leistungsfähig und jedes Feld ertragreich. Der Sonnenstädter arbeitet in der Woche fünfmal fünf Stunden und in der Freizeit bildet er sich weiter durch den Besuch der vielen Schulen, die ihm offen stehen.

¹⁾ Im Kampf bei Mentana am 3. November 1867 gegen Garibaldi war eine französische Reserve den Päpstlichen zu Hilfe gekommen, und General Faidh berichtete nach Hause: „Das Chassepot-Gewehr hat Wunder getan.“